

Deutschland-Windischeschenbach: Haustechnik
OJ S 66/2023 03/04/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Windischeschenbach
Postanschrift: Hauptstr. 34
Ort: Windischeschenbach
NUTS-Code: DE237 Neustadt a. d. Waldnaab
Postleitzahl: 92670
Land: Deutschland
E-Mail: stadt@windischeschenbach.bayern.de
Telefon: +49 9681401221
Fax: +49 9681401100
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://windischeschenbach.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EuBekVuUrl?z_param=264341
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EuBekVuUrl?z_param=264341

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Neubau Grund- und Mittelschule in Windischeschenbach - Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 1, 2, 3, 7 anteilig und 8 anteilig, gem. § 53 HOAI 2021

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71315000 Haustechnik

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die bestehende Grund- und Mittelschule der Stadt Windischeschenbach entspricht nicht mehr dem gegenwärtigen Bedarf und den aktuellen Anforderungen. Daher wird diese durch einen Neubau neu strukturiert.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE237 Neustadt a. d. Waldnaab

Hauptort der Ausführung: 92670 Windischeschenbach

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die bestehende Grund- und Mittelschule der Stadt Windischeschenbach entspricht nicht mehr dem gegenwärtigen Bedarf und den aktuellen Anforderungen, wie z. B. der Barrierefreiheit oder der räumlichen Umsetzung von aktuellen pädagogischen Konzepten. Auf Grundlage einer Machbarkeitsstudie wurde ein

Architektenwettbewerb durchgeführt, dessen Ergebnis nun feststeht.

- Es sollen 8 Grundschul- und 5 Mittelschulklassen für ca. 250 Schüler entstehen BRI ca. 23.000 m³

- Die Wärmeversorgung des Areals findet momentan über eine Hackschnitzelheizung statt, die sich im Untergeschoss des 50er- Jahre- Baus befindet. Da die zukünftige Nutzung dieses Teils des Grundstücks noch nicht genau feststeht wird voraussichtlich südlich davon, im Bereich des Grundstücks außerhalb des Wettbewerbsgebiets, eine neue Einhausung für die Hackschnitzelheizung Platz finden.

Geforderte Leistungen:

Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 1, 2, 3, 7 anteilig und 8 anteilig, gem. § 53 HOAI 2021

Stufenweise Beauftragung der LPH 1-8

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Darstellung der Einbindung aller am Projekt Beteiligten (15 Punkte) / Gewichtung: 1-fach

Qualitätskriterium - Name: Darstellung der internen Projektorganisation im Gesamtprozess (20 Punkte) / Gewichtung: 1-fach

Qualitätskriterium - Name: Arbeitsmethodik während der Auftragsabwicklung (20 Punkte) / Gewichtung: 2-fach

Kostenkriterium - Name: Honorar (5 Punkte) / Gewichtung: 1-fach

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Nach Bedarf bis zum Abschluss des Projektes.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 7Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Ausschlusskriterien:

- rechtsgültig unterschriebener Teilnahmeantrag (Formblatt 1.1) und dazugehöriger Bewerberbogen (Formblatt 1.2)
- Eigenerklärung über Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Angabe auf dem Bewerbungsbogen ausreichend)
- Nachweis Berufszulassung (Eigenerklärung auf Teilnahmeantrag ausreichend)
- bei Bewerbergemeinschaft mit gleichem Leistungsbild: gesamtschuldnerische Haftung (Formblatt 2.1.1),
- Eigenerklärung zum Nachweis der Eignungskriterien (III.1. der Bekanntmachung)
- Eigenerklärung Bezug Russland (Formblatt 4.0)

Auswahlkriterien:

Mind. 1, max. 3 Projekte der Referenzliste sind aussagekräftig darzustellen (Formblatt 3.1 und 3.2), damit die Vergleichbarkeit der Referenzleistungen beurteilbar ist. Angaben:

- Nachweis geeigneter Referenzen Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 1, 2, 3, 7 anteilig und 8 anteilig, gem. § 53 HOAI 2021 (Nach 2015 erbracht; Neubau, mind. HZ II, LPH 1-8 unabhängig von Größe und Kosten)
- Nachweis Beschäftigte (mind. 3 Technische Mitarbeiter fest angestellt, inkl. Inhaber)

(es erfolgt eine vergleichende Bewertung nach der Skala 0-5; bei auswahlrelevanter Punktgleichheit entscheidet das Los)

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Der Bewerber muss den Nachweis führen, dass er selbst und sein Personal über die notwendige berufliche Qualifikation verfügt. Für den Nachweis genügt beispielsweise die Kopie der Diplomurkunde oder einer anderen Urkunde des Studienabschlusses. Der/die Gesamtprojektleiter(in) muss über die Qualifikation „Ingenieur“ verfügen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personenschäden von mind. 3 Mio. EUR und Deckungssummen für sonstige Schäden von 1 Mio. EUR bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens vor Vertragsschluss abzuschließen und nachzuweisen. Die Berufshaftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden. Es ist zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmers erfüllt werden, mit der dieses den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistung und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmers erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.

- Angabe, ob oder auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen zu anderen Unternehmen bestehen, bzw. ob oder auf welche Art sie auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit anderen Unternehmen zusammenarbeiten.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Alternativ genügt die Vorlage einer Bestätigung eines entsprechenden

Versicherungsunternehmers über eine entsprechende Versicherbarkeit im Auftragsfall.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Eigenerklärung über geeignete Referenzen im Bereich Technische Ausrüstung,

Anlagengruppen 1, 2, 3, 7 anteilig und 8 anteilig gem. §§ 53 ff. HOAI 2021 unter Angabe von:

- Name und Ort des Referenzprojekts
- Art und Nutzung des Gebäudes
- Art der Baumaßnahme (Neubau)
- Leistungsumfang (Leistungsphasen nach § 55 HOAI 2021)
- Leistungszeit (Beginn/Ende nach Monat und Jahr)
- Honorarzone (i. S. v. § 5 Abs. 1 HOAI)
- Baukosten (Kgr. 300-400)
- Bruttorauminhalt
- Auftraggeber mit Ansprechpartner und Telefonnummer

Mind. 3 technische Mitarbeiter fest angestellt, inkl. Inhaber

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Es werden nur Referenzen berücksichtigt, bei denen die Leistungen nach 2015 beendet

wurden. Es muss mindestens eine Referenz über einen Neubau mit vergleichbaren

Planungsanforderungen (mind. Honorarzone II) und vergleichbarer Größe benannt werden bei

der Leistungen gemäß § 53 HOAI 2021 Anlagengruppen 1, 2, 3, 7 anteilig und 8 anteilig der

Leistungsphasen 1-8 nach 15.1 der Anlage 15 zu § 55 HOAI 2021 erbracht wurden.

Nachweise ggf. durch Eignungsleihe nach § 47 VgV.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Teilnahmeberechtigt sind in den EWR-/WTO-/GPA-Staaten ansässige natürliche Personen, die gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung Ingenieur befugt sind als Einzelbewerber, ebenfalls zugelassen sind Bergewerkgemeinschaften. Ist die Berufsbezeichnung am jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung der Richtlinie 2005/36/EG und den Vorgaben des Rates vom 7.9.2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L255 S. 22) entspricht.

- Juristische Personen, sofern deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungsleistungen ausgerichtet ist, die der Wettbewerbsaufgabe entsprechen und für die Wettbewerbsteilnahme ein verantwortlicher Berufsangehöriger benannt ist, der in seiner Person die Teilnahmevoraussetzungen erfüllt, die an die natürlichen Personen gestellt werden.
- Bewerber-/Arbeitsgemeinschaften, bei denen jedes Mitglied die Anforderungen erfüllt, die an natürliche oder juristische Personen gestellt werden.
Bewerber-/Arbeitsgemeinschaften haben einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften müssen zwar keine spezielle Rechtsform aufweisen. Eine Bergewerkgemeinschaft besteht im Fall einer Aufforderung zur Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft fort. Sie muss sich jedoch bei gleichem Leistungsbild im Fall einer Zuschlagserteilung als gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter organisieren.

- Erklärung der Bergewerkgemeinschaft: Gesamtschuldnerische Haftung (Formblatt 2.1.2).

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 01/05/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Je Bewerber ist nur eine Bewerbung zulässig. Mehrfachbewerbungen führen zum Ausschluss vom Verfahren.

Als Mehrfachbewerbung gelten auch mehrere Bewerbungen von Einzelpersonen innerhalb verschiedener Bewerbergemeinschaften.

Auf postalischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen.

Die Bewerber sind verpflichtet, sich bis 3 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der obengenannten Internetseite zu informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen ergeben haben.

Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden insbesondere auf die Möglichkeit der Bildung von Bewerbergemeinschaften hingewiesen.

Bei Bietergemeinschaften ist der Bewerbungsbogen von jedem Bewerber der Bietergemeinschaft separat auszufüllen.

Die Auftraggeberin behält sich vor, den Zuschlag auf das Erstangebot zu erteilen.

Unvollständig ausgefüllte und/oder nicht rechtsgültig unterschriebene Bewerbungsbögen führen zum Ausschluss der Bewerbung.

Die Nachforderung folgender Unterlagen und Erklärungen wird vorbehalten: Bescheinigung öffentlicher und privater Auftraggeber über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte. Bescheinigung öffentlicher und privater Auftraggeber über die Einhaltung von Kosten und Terminen bei ausgeführten Referenzprojekten.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Nordbayern

Postanschrift: Promenade 27 (Schloss)

Ort: Ansbach

Postleitzahl: 91511

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de

Telefon: +49 981531277

Fax: +49 981531837

Internet-Adresse: <http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen die Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den

Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Auftragsberatungszentrum Bayern e.V.

Postanschrift: Orleansstr. 10-12

Ort: München

Postleitzahl: 81669

Land: Deutschland

E-Mail: info@abz-bayern.de

Telefon: +49 8951163171

Fax: +49 8951163663

Internet-Adresse: <http://www.abz-bayern.de>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

29/03/2023